



Hizbullah in der Krise

Verschiebungen im libanesischen Machtgefüge?

ACHIM VOGT
September 2013

- Die libanesische Hizbullah befindet sich spätestens seit der öffentlichen Bestätigung ihrer Intervention auf Seiten des syrischen Regimes im Mai 2013 in einer tiefen Krise. Ihre Position als stärkste und einzige mit offizieller Billigung weiter bewaffnete Miliz im Libanon und zugleich wichtige politische Kraft des Landes ist gefährdet.
- Die Gruppierung ist durch den innenpolitischen Konflikt im Libanon, ihre Beteiligung am Krieg in Syrien und den Kampf gegen Israel in ein Konflikt-Dreieck geraten, das sie politisch und militärisch geschwächt hat. Ihr droht mittelfristig ein massiver Verlust ihres bisherigen Einflusses im Libanon und in der Region.
- Besonders schwerwiegend ist für die Partei die verloren gegangene Fähigkeit, in anderen religiösen Gruppen Unterstützung und Sympathien zu gewinnen und damit ihren Anspruch als nationale (und nicht lediglich schiitische) Partei zu untermauern.
- Auch wenn Kritiker der Hizbullah deren Krise verständlicherweise positiv sehen, birgt sie Gefahren für die ohnehin angeschlagene Stabilität des Landes. Auch eine künftige libanesische Regierung wird die Hizbullah integrieren müssen.
- Der Beschluss der Europäischen Union, den militärischen Arm der Hizbullah auf die EU-Terrorliste zu setzen, hatte politisch im Libanon nur geringe Auswirkungen. Durch die bewusst eingeschränkte Klassifizierung bleiben Gesprächskanäle erhalten.

Je mehr der militärische Konflikt in Syrien in den vergangenen Monaten an Heftigkeit zugenommen hat, desto intensiver wurde in der Region, aber auch in der internationalen Gemeinschaft über die Gefahr diskutiert, dass der Krieg auf die Nachbarländer Jordanien, Irak und die Türkei, aber insbesondere auf den Libanon übergreifen könnte. Paradox an der Debatte ist, dass die Warnungen zunächst von jenen kamen, die der internationalen Gemeinschaft Untätigkeit in der syrischen Tragödie vorwarfen. Seit ein amerikanischer Militärschlag als Vergeltung für den mutmaßlichen Giftgasangriff des syrischen Regimes vom 21. August 2013 eine reale Option geworden ist, kommen die Mahnungen zur Vorsicht vor allem von den Gegnern eines solchen Angriffes, die vor einem regionalen Flächenbrand warnen.

Spätestens seit Hizbullah-Chef Hassan Nasrallah am 25. Mai 2013 erstmals öffentlich bestätigte, dass die Miliz mit eigenen Kämpfern an der Rückeroberung der strategisch wichtigen Stadt Quseir in Syrien durch das Regime von Präsident Assad beteiligt war, scheint ein Übergreifen der Kämpfe auf den Libanon kaum noch zu vermeiden.

Kämpfe in den Hafenstädten Tripoli und Saida (Sidon) sowie mehrere schwere Bombenanschläge in Tripoli und der Hauptstadt Beirut geben Anlass zu Befürchtungen, dass es im Libanon zu einer Neuauflage des Bürgerkrieges kommen könnte. Zwischen 1975 und 1990 hatten Kämpfe zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, ergänzt durch ausländische Interventionen, das Land verwüstet und rund 150.000 Todesopfer gekostet.

Zwar sind militärische Auseinandersetzungen im Libanon nicht ausgeschlossen, doch ist wohl entscheidender, dass sich auf einer zweiten Ebene das komplexe Machtgefüge im Libanon sowohl zwischen Sunniten und Schiiten als auch innerhalb der beiden religiösen Gruppen strukturell verschiebt. Während bei den Sunniten verschiedene politische Akteure – darunter zuletzt vor allem radikale religiöse Gruppen – versuchen, das durch die Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Rafiq Hariri im Februar 2005 entstandene politische Vakuum zu füllen, mehren sich bei den libanesischen Schiiten die Anzeichen dafür, dass die Hizbullah sich in einer veritablen Krise befindet und langfristig an politischem Einfluss im Libanon und in der Region verlieren könnte.

Vorboten des Niedergangs auf dem Höhepunkt der Macht

Fast ein Vierteljahrhundert hatte die 1982 in der Folge der israelischen Invasion im Libanon mit iranischer Unterstützung gegründete Hizbullah eine scheinbar unaufhaltsame Machtzunahme erlebt. Waren die Schiiten eine über Jahrzehnte marginalisierte Religionsgruppe im Libanon, so beförderte zunächst die pro-syrische und als vergleichsweise gemäßigt geltende Amal-Miliz um den heutigen Parlamentssprecher Nabih Berri den Aufstieg der Schiiten. Im Verlauf der 1980er Jahre gewann jedoch die radikale Hizbullah-Miliz erst an militärischer Stärke und später an politischem Einfluss. Nach dem gewaltsamen Tod von Hizbullah-Führer Abbas Mussawi 1992 – er fiel einem israelischen Attentat zum Opfer – übernahm Hassan Nasrallah die Führung der Miliz und entwickelte sie sukzessive zu einer politischen Kraft. Anders als Mussawi, der vor allem die iranisch-libanesische Achse und damit eine engere schiitische Identität gepflegt hatte, bemühte sich Nasrallah um eine stärkere Profilierung als nationaler libanesischer Politiker und umwarb gezielt Sunniten und Christen.

Gleichzeitig verteidigte die Hizbullah ihren Nimbus als entscheidende Kraft des Widerstandes gegen Israel und erreichte im Jahr 2000 den Rückzug des israelischen Militärs aus dem seit 1982 besetzt gehaltenen südlibanesischen Grenzstreifen, was zu ihrer wachsenden Popularität maßgeblich beitrug. 2006 provozierte die Miliz durch die Entführung zweier israelischer Soldaten einen Krieg mit Israel, der nach 34 Tagen ohne entscheidende Vorteile für eine Seite mit einem Waffenstillstand endete. Hizbullah präsentierte sich als Sieger im Kampf gegen einen übermächtigen Gegner und Hassan Nasrallah galt in den Monaten danach als beliebtester Politiker der arabischen Welt.

Doch der Mythos der Hizbullah bekam schon damals Risse. Der jetzt deutlicher werdende Niedergang nahm seinen Anfang ausgerechnet auf dem scheinbaren Höhepunkt der Macht: Der Preis für den Krieg mit Israel war immens. Der menschliche und materielle Schaden mit über 1.000 Toten und mehreren Milliarden US-Dollar Verlusten für die Wirtschaft schien vielen Libanesen zu hoch. Zudem hatte sich die politische Landschaft nach der Ermordung des sunnitischen Premierministers Rafiq Hariri am 14. Februar 2005 massiv polarisiert. Hizbullah befand sich nun nicht mehr in der komfortablen Situation einer

»Widerstandsbewegung« gegen einen äußeren Feind, sondern als ein Akteur unter vielen anderen mitten im innerlibanesischen Machtkampf.

Die Partei gehört bis heute zur Allianz des 8. März, in der das so genannte pro-syrische Lager versammelt ist. Dazu zählen neben der Hizbullah die ebenfalls schiitische Amal-Bewegung, die Freie Patriotische Bewegung des christlichen Politikers Michel Aoun, die ebenfalls christliche Marada-Miliz um die Familie des ehemaligen libanesischen Präsidenten Frangieh sowie einige kleinere Splitterparteien.¹ Die Koalition zeigt, dass es der Hizbullah zumindest teilweise gelungen ist, Verbündete unter anderen Religionsgruppen an sich zu binden. Andererseits fand sich die Hizbullah ab 2005 zunächst in der Rolle der politischen Opposition wieder, da das anti-syrische Lager eine Mehrheit der libanesischen Bevölkerung hinter sich vereinen konnte.

Zwar gelang es der Hizbullah und mit ihr der Allianz des 8. März, im Januar 2011 die Regierungsverantwortung zu übernehmen, doch auch hier war der politische Preis hoch: Aus Protest gegen die Regierung hatte die Partei zuvor in einer Art Coup im Mai 2008 kurzzeitig die militärische Kontrolle über Westbeirut übernommen und blockiert zudem seit Jahren nach Kräften die Arbeit des *Special Tribunal for Lebanon* (STL), das die Verantwortung für die Ermordung Hariris aufklären soll. Nachdem das STL zunächst das syrische Regime als Hauptverantwortlichen für das Attentat sah, wiesen die Ermittlungen bald in eine neue Richtung und vier Mitglieder der Hizbullah wurden als Urheber des Anschlages benannt.

Selbst mit einer Regierungsmehrheit unter Premier Najib Miqati gelang es der Hizbullah nicht, die libanesische Teilfinanzierung des STL zu stoppen. Und der Widerstand der Partei gegen die Verlängerung der Amtszeit des Sunniten Ashraf Rifi, Chef der *Internal Security Forces* (ISF) und erklärter Hizbullah-Gegner, führte am Ende gar zum Verlust der Macht. Am 22. März 2013 trat Najib Miqati aus Protest gegen die Obstruktionen der Hizbullah als Ministerpräsident zurück. Seitdem ist der Libanon ohne

1. Der Allianz des 8. März steht die Allianz des 14. März gegenüber, in der anti-syrische Parteien zusammengeschlossen sind. Dazu gehören insbesondere die wichtigen christlichen Parteien *Kataeb* und *Forces Libanaises*, sowie das vorwiegend sunnitische *Future Movement* um den Sohn von Rafiq Hariri, Saad Hariri, und den ehemaligen Ministerpräsidenten Fouad Siniora. Die drusisch dominierte *Progressive Socialist Party* (PSP, Vorsitzender: Walid Jumblatt), Mitglied der Sozialistischen Internationale, ist offiziell seit 2011 Mitglied des 8.-März-Bündnisses, hat sich von diesem aber in jüngster Zeit politisch distanziert.

Regierung. »Sie haben in der Regierungsverantwortung versagt«, erklärt ein schiitischer Hizbullah-Kritiker das Scheitern der Partei und drückt damit ein Empfinden vieler Libanesen aus.

Minenfeld Syrien

Bereits nach wenigen Monaten des Aufstandes in Syrien begannen in der nördlichen libanesischen Hafenstadt Tripoli, in der mehrheitlich Sunniten leben, sporadische Kämpfe zwischen Milizen aus dem sunnitischen Stadtviertel Bab Tabbaneh und dem von Alawiten (einer schiitischen Abspaltung, der auch Syriens Präsident Baschar al Assad angehört) bewohnten Nachbarviertel Jebel Mohsen. Erstmals griff der Konflikt im Nachbarland damit auf den Libanon über.

Informationen über eine Beteiligung der Hizbullah am Krieg in Syrien gab es seit etwa Mitte 2012. Das Übergreifen des Syrien-Krieges auf den Libanon ist eng verwoben mit der Beteiligung der Hizbullah auf Seiten des Assad-Regimes, die eine zunehmend lauter werdende Kritik zahlreicher Akteure im Libanon zur Folge hatte.

Auf der einen Seite protestierten diejenigen Politiker, die unter allen Umständen an der im Juni 2012 vom Nationalen Dialog-Komitee verabschiedeten »Erklärung von Baabda« festhalten wollen, mit der der Libanon aus dem Konflikt in Syrien herausgehalten werden soll. Dem Komitee gehören alle wichtigen libanesischen Parteien einschließlich der Hizbullah an. Auf der anderen Seite verschärfen sich die Drohungen militanter sunnitischer Gruppen, die auf Seiten der syrischen Opposition kämpfen, gegen die Hizbullah.

Die beiden Bombenanschläge in einem von der Hizbullah kontrollierten Vorort im Süden Beiruts trafen die Partei frontal. Während es beim ersten Anschlag am 9. Juli (53 Verletzte) eine Reihe von Ungereimtheiten gab, die eine seriöse Analyse erschweren, wurde der zweite Anschlag am 15. August mit 27 Toten als massive Warnung an die Hizbullah verstanden. Ob es sich wirklich um ein Attentat sunnitischer Radikaler gehandelt hat, ist unklar. Aber wer immer die Urheber waren, für die Hizbullah – und mit ihr für viele Libanesen – war die Erkenntnis erstaunlich, dass es Gegnern der Partei gelang, mitten ins Zentrum ihres Einflussgebietes vorzudringen.

Im Norden des Landes, wo es der Hizbullah in der Vergangenheit gelungen war, Verbündete unter den Sunniten zu gewinnen, wird der Widerstand gegen den Einfluss der Partei schon seit einiger Zeit stärker. Mehrere politische Morde haben die Stadt Tripoli in den vergangenen Monaten erschüttert, zuletzt das Attentat auf Hassan Al Mouri, einen sunnitischen Miliz-Chef, der sich eher aus Opportunität auf die Seite der Hizbullah geschlagen hatte. Zu den wichtigeren Verbündeten der Hizbullah zählen die sunnitischen Radikalen der Tauhid-Bewegung, die sich Anfang der 1980er Jahre in Tripoli gegründet hat. Sie werden – in Verbindung mit dem syrischen Geheimdienst – auch für den Anschlag auf zwei Moscheen in Tripoli am 23. August verantwortlich gemacht. Etwa 45 Menschen fielen den Bomben zum Opfer. Es handelte sich um den schlimmsten Anschlag im Libanon seit dem Ende des Bürgerkrieges 1990.

Einen Tag nach dem schweren Anschlag in Beirut am 15. August reagierte Hassan Nasrallah mit einer Rede, in der er eindringlich davor warnte, die Sunniten als Gruppe verantwortlich zu machen. Es handele sich um Takfiris, so Nasrallah, eine radikale Minderheit, die eigentlich nichts mit dem sunnitischen Islam zu tun habe. Es war offensichtlich, dass sich Nasrallah um Schadenbegrenzung bemühte. Der Hizbullah, die mit einer unbekanntenen Zahl von Kämpfern in Syrien gebunden ist (auch wenn diese vermutlich wesentlich geringer ist, als häufig in westlichen Medien kolportiert), kann nicht daran gelegen sein, im Libanon eine zweite Front zu eröffnen. Ungewöhnlich deutlich hatte Nasrallah schon vor Monaten gemahnt, die Konflikte militärisch in Syrien auszutragen und im Libanon politisch zu streiten.

Entsprechend ist auch unklar, ob es im Fall eines amerikanischen Militärschlages gegen Syrien tatsächlich zu dem vielfach befürchteten Gegenschlag der Hizbullah gegen Israel kommen würde. Ein Dreifrontenkrieg ist selbst für die Hizbullah mit ihrer unbestrittenen Kampfstärke nicht zu gewinnen. Vier Raketen, die am 22. August auf Israel abgefeuert wurden, stammten denn auch nicht von der Hizbullah, sondern – sozusagen stellvertretend – von sunnitischen Milizionären. Nur wenige Stunden später bombardierte Israel zur Vergeltung ein Lager der radikalen Palästinensergruppe *Popular Front for the Liberation of Palestine/General Command* (PFLP-GC) um Ahmed Jibril südlich von Beirut.

Es ist sogar anzunehmen, dass auch der Syrien-Feldzug der Hizbullah nicht notwendigerweise eine Entscheidung Nasrallahs aus Überzeugung gewesen ist. Dem Hizbullah-Chef kommt es sehr auf sein Image im Libanon und in der Region an. Ihm muss klar gewesen sein, dass sein Eingreifen an der Seite Assads – und damit gegen die Sunniten – bei der Mehrheitsbevölkerung im Nahen Osten nicht gut ankommen und ihn einen Großteil seiner bisherigen Popularität kosten würde. Allerdings sind sich die meisten politischen Beobachter in Beirut einig, dass Nasrallah nicht mehr unbedingt Herr seiner Entscheidungen ist: Einerseits muss er um seinen militärischen Nachschub fürchten, wenn sein Verbündeter Assad aus der strategischen Achse Teheran–Damaskus–Beirut wegbricht. Andererseits werden wichtige Entscheidungen in Bezug auf die Rolle der Hizbullah in Syrien nach verbreteter Überzeugung von politischen Beobachtern heute in Teheran und nicht in den südlichen Vororten Beiruts getroffen.

Krise im eigenen Lager

Auch innerhalb der schiitischen Gemeinschaft bröckelt die Gefolgschaft der Hizbullah. Zwar ist noch keine politische Alternative in Sicht (die Amal-Bewegung gilt weithin als korrupt und zahnlos und verfügt nur noch über geringen politischen Einfluss), doch die kritischen Stimmen mehren sich. »Bei den Kommunalwahlen 2010 verloren Hizbullah und Amal teilweise massiv an Stimmen; das fiel nur nicht ins Gewicht, weil es keine Gegenkandidaten gab«, erklärt ein schiitischer Geistlicher, der der Hizbullah kritisch gegenüber steht.

Ähnlich wie bei den Sunniten, die nach der Ermordung Hariris ohne charismatischen politischen Kopf sind und bei denen das alte Establishment an Einfluss gegenüber religiösen Gruppen verliert, droht auch die Hizbullah in eine ernsthafte politische (und womöglich auch militärische) Krise zu geraten. Zwar kann derzeit keine politische Gruppe oder Miliz der Hizbullah Paroli bieten, und auch für die radikalen sunnitischen Salafisten verbietet sich eine offene militärische Konfrontation. In Sicherheitskreisen wird geschätzt, dass sich die Zahl der Kämpfer wie der Waffen der Hizbullah gegenüber dem Krieg von 2006 gegen Israel noch einmal massiv erhöht hat. Doch ausgerechnet in einer Phase vermeintlicher Stärke kämpft die Hizbullah gegen Krise und Niedergang.

Beobachter verweisen darauf, dass die Hizbullah durch ihr Engagement in Syrien und die Anschläge in ihrem ureigenen Territorium nicht nur physisch leide, sondern auch finanziell. Viele reiche Schiiten in der libanesischen Diaspora, vor allem in Westafrika, überdenken inzwischen ihre regelmäßigen Zuwendungen an die Partei, die sie in der Vergangenheit aus Opportunitätsgründen klaglos geleistet haben. Und in den von Hizbullah kontrollierten Stadtvierteln Beiruts sind nicht alle Geschäftsleute und Nachbarn glücklich über die massiven Behinderungen durch unzählige, häufig von Jugendlichen besetzte Checkpoints, mit denen die Sicherheit gewährleistet werden soll.

Gegenwind im Ausland

Nach langem Zögern hat die Europäische Union am 22. Juli 2013 beschlossen, den militärischen Arm der Hizbullah auf die EU-Terrorliste zu setzen. Die Entscheidung ist unabhängig von der Beteiligung der Hizbullah in Syrien gefallen und steht auch nicht im Zusammenhang mit dem *Special Tribunal for Lebanon* (STL). Sie bezieht sich stattdessen auf die Beschuldigung, die Hizbullah sei im Juli 2012 sowohl für einen Anschlag auf israelische Touristen in der bulgarischen Stadt Burgas als auch für die Vorbereitung eines Anschlages auf Zypern verantwortlich gewesen.

Im Gegensatz beispielsweise zu den USA oder den Niederlanden verzichtete die EU aber darauf, die Hizbullah als Ganzes auf die Terrorliste zu setzen. Letztendlich handelte es sich um eine diplomatische Sprachregelung, die vor allem verhindern sollte, dass die Gesprächskanäle für Verhandlungen mit der Hizbullah vollständig gekappt werden. Immerhin ist die Hizbullah Mitglied im libanesischen Kabinett, die gesamte internationale Kooperation mit dem Zedernstaat wäre gefährdet gewesen.

Kühl konterte die Hizbullah, die Entscheidung aus Brüssel werde keinerlei Auswirkungen haben und spottete, einen Unterschied zwischen dem militärischen und dem politischen Flügel gebe es nicht. Das mag kurzfristig und an der Oberfläche stimmen, mittelfristig dürfte die Hizbullah die Folgen angesichts der zahlreichen anderen Krisensymptome durchaus zu spüren bekommen. In der westlichen Öffentlichkeit kaum bemerkt und von größerem Gewicht war, dass nahezu zeitgleich auch der Golfkooperationsrat (GCC) die Hizbullah als Terror-

organisation klassifizierte und damit nicht zuletzt Konsequenzen für schiitische libanesischen Arbeitnehmer am Golf drohen. Die Golfstaaten – die normalerweise für 40 Prozent der Tourismuseinnahmen im Libanon sorgen – und die Türkei (nach der Entführung zweier Piloten der staatlichen Fluggesellschaft *Turkish Airlines*) haben ihre Staatsbürger zum Verlassen des Landes aufforderten. Auch dafür dürften viele Libanesen die Hizbullah verantwortlich machen.


Hinzu kommt, dass das Special Tribunal for Lebanon nach langen Ermittlungen den Auftakt des Prozesses gegen die vier beschuldigten Hizbullah-Mitglieder nun tentativ auf den 13. Januar 2014 festgelegt hat. Zwar ist noch unklar, ob das Datum angesichts zahlreicher offener Verfahrensfragen gehalten werden kann, doch auch auf diesem Feld erhöht sich der Druck auf die Hizbullah. Jedes einzelne Puzzelstück ist verkräftbar und kann propagandistisch abgefedert werden, aber in der Summe gerät die Hizbullah politisch erheblich in die Defensive.

Trotz Krise ein wichtiger Akteur im Libanon

Mit dem Rücktritt von Ministerpräsident Najib Miqati am 22. März 2013 hat sich die allgemeine Krise im Libanon verschärft. Die darauf folgende Absage der für Juni geplanten Parlamentswahlen hat die politische Blockade noch einmal zugespitzt.

Während Miqati die Regierungsgeschäfte bis zur Neubildung des Kabinetts weiterführt, bemüht sich der designierte neue Premier Tamam Salam um die Bildung einer neuen Regierung. Im Kern der Diskussionen geht es um die Frage, wie stark die Hizbullah künftig auf die Regierungspolitik Einfluss nehmen darf. Vor allem die Allianz des 14. März fordert, die Krise der Hizbullah auszunutzen und sie von der Regierungsbildung ganz auszuschließen. Soweit geht der christliche Staatspräsident Michel Sleiman zwar nicht. Aber auch er will den künftigen Einfluss der Hizbullah beschneiden: Keine Partei, so Sleiman, dürfe mehr ein Veto-Recht in der Regierung bekommen.

Sleiman und Salam favorisieren die so genannte 8-8-8-Lösung, wonach die konkurrierenden Lager des 8. und 14. März je acht Minister stellen würden und die übrigen acht von Sleiman, Salam und Drusenfüh-



rer Walid Jumblatt benannt werden. Seit einem halben Jahr blockieren sich die politischen Gegner in einem »Dschungel aus Bedingungen und Gegenbedingungen«, wie Tammam Salam beklagte. Immerhin hat das anti-syrische Bündnis des 14. März zumindest die Forderung nach einem völligen Ausschluss der Hizbullah inzwischen fallen gelassen.

Die Entscheidung, dass die Hizbullah einer künftigen Regierung wieder angehören muss, entspricht den politischen Realitäten in der komplizierten Machtarithmetik des Libanon: Trotz Krisensymptomen bleibt die Hizbullah ein wichtiger Akteur im Libanon, der in der militarisierten Gesellschaft des Landes schnell zum blockierenden Element werden kann, wenn er vom politischen Prozess ausgeschlossen wird.

Hizbullah vor einer ungewissen Zukunft

Wenn sich der syrische Konflikt – wie zu erwarten ist – noch über einen längeren Zeitraum hinzieht, dürfte sich die Krise der Hizbullah weiter verschärfen. Schon jetzt glauben manche Beobachter, die Partei kämpfe mehr um ihr politisches Überleben als für ein politisches Ziel. »Politisch erwachsen« geworden und nach drei Jahrzehnten im politischen Mainstream des Libanon angekommen, hat die Führung der Hizbullah realisieren müssen, dass überzogene Machtansprüche im Zedernstaat nicht zu verwirklichen sind und Popularität im Libanon wie in der Region ein geborgtes Gut ist. Wenn die Hizbullah ihren Führungsanspruch in der schiitischen Gemeinschaft und ihre prägende Rolle im libanesischen Staat bewahren will, wird sie ideologische Kompromisse eingehen und Realpolitik betreiben müssen. Dazu würde dann gehören, auf eine Sonderrolle in einer Regierung der nationalen Einheit (Stichwort: Vetorecht) zu verzichten. Die Miliz, die nach den Bombenanschlägen wieder offen die südlichen Vororte Beiruts kontrolliert, müsste mittelfristig entwaffnet werden und ihre Privilegien als faktischer Staat im Staat aufgeben. Geschieht dies nicht, drohen ähnliche Entwicklungen auf sunnitische Seite und damit ein weitgehender Verlust der ohnehin schwachen staatlichen Autorität.



Über den Autor

Achim Vogt ist langjähriger Mitarbeiter der FES und seit Juni 2013 Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Beirut, Libanon. Zuvor war er von 2008 bis 2012 Leiter des Büros der FES in Amman und dort für Jordanien und Irak zuständig.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ralf Hexel, Leiter,
Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7420 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt:
info.nahost@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-661-1